



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie und Frauen - 80792 München

Gemeinsame Einrichtungen  
Optionskommunen  
designierte Optionskommunen  
Landkreise  
kreisfreie Städte  
Regierungen

NAME  
Schumacher

TELEFON  
089 1261-1253

TELEFAX  
089 1261-181253

E-MAIL  
referat-l3@stmas.bayern.de

nachrichtlich:

Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales  
Bundesagentur für Arbeit  
- Regionaldirektion Bayern -  
Bayerischer Städtetag  
Bayerischer Landkreistag  
Kommunaler Prüfungsverband  
Landessozialgericht

Laut E-Mail-Verteiler

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
Bitte bei Antwort angeben

I 3/6074.04-1/113

DATUM

08.11.2011

## **Vollzug des SGB II; hier: Herausgabe interner kommunaler Richtlinien zur Angemessenheit der KdU an Bürger**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wiederholt sind Fragen an uns herangetragen worden, inwieweit Jobcenter verpflichtet sind, interne kommunale Richtlinien zur Angemessenheit der KdU an Bürger herauszugeben. Hierzu geben wir die nachfolgenden mit dem BMAS abgestimmten Hinweise.

Sie finden dieses AMS in Kürze auch unter der Adresse

<http://www.sozialministerium.bayern.de/arbeit/grundsicherung/jobcenter.htm>.

// Zukunftsministerium  
*Was Menschen berührt.*

Das für Bundesbehörden geltende Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG) ist für bayerische Kommunalbehörden nicht anwendbar. Es gibt auch kein entsprechendes Landes-Informationsfreiheitsgesetz.

Für Optionskommunen und Kommunale Träger in getrennter Aufgabenwahrnehmung gilt das IFG nicht.

Für die gemeinsamen Einrichtungen (gE) ist das IFG anwendbar. Das ergibt sich aus § 50 Abs. 4 S. 2 SGB II. Auch soweit die gE nach § 44b Abs. 1 S. 2 SGB II kommunale Aufgaben wahrnimmt, greift das IFG. So, wenn Richtlinien zu Kosten für Unterkunft und Heizung per Weisung der Kommune für die gE verbindlich sind und von Mitarbeitern der gE in der Einzelfall-Bearbeitung angewendet werden.

Im Aufgabenbereich der Trägerversammlung, dem die Einhaltung des IFG unterfällt, führt das BMAS im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde die Rechtsaufsicht über die gE (§ 47 Abs. 3 SGB II).

Aufsichtsmaßnahmen gegenüber der gE zur Umsetzung der sich aus dem IFG ergebenden Herausgabepflicht können nur seitens BMAS getroffen werden. Eingaben zu gE zum o. g. Themenkomplex werden nicht durch StMAS und Bezirksregierungen bearbeitet, sondern an das BMAS abgegeben.

Mit freundlichen Grüßen



Jochen Schumacher  
Ministerialrat

